

# Gießen, 10. November 1938

Am 10. November 1938 ereigneten sich in Gießen die gewalttätigsten öffentlichen antisemitischen Übergriffe, die es bis dahin im 20. Jahrhundert hier gegeben hatte. Vergleichbares geschah in vielen anderen deutschen Städten bereits am Tag zuvor. Unter teils befürwortenden Rufen, teils stummen Dulden und keiner verteidigenden Gegenaktion der Öffentlichkeit wurden beide Gießener Synagogen in Brand gesetzt, jüdische Geschäfte demoliert und geplündert sowie hier lebende Juden und Jüdinnen von SA-Angehörigen, Nazi-Kadern und anderen ganz normalen Gießenern beschimpft, angegriffen und misshandelt. Alles unter den Augen von Feuerwehr, Polizei und städtischen Behörden, die aktive Beihilfe leisteten, um dem antisemitischen Staatsterror auch in Gießen endgültig zum Sieg zu verhelfen. Davon auszugehen, dass diese Vorgänge erst mit der Machtübertragung an die Nazis 1933 ihren Anfang nahmen ist falsch, im Raum Gießen hat der politisch-rassistische Antisemitismus eine weit ältere Geschichte.

„Nirgends in Deutschland erwies sich die breite Masse der Bevölkerung für die antisemitischen Ideen so empfänglich als gerade in Hessen, besonders Oberhessen“, schrieb der deutsche Herausgeber der „Protokolle der Weisen von Zion“ und Gründer des „Reichshammerbunds“ Theodor Fritsch schon 1893 in Bezug auf die breite Bewegung unterschiedlicher sozialer Schichten hinter antisemitischen Hetzern wie Adolf Stöcker oder Otto Böckel. In Gießen und Umland zählten sie tausende Anhänger hinter sich und fanden mit ihren Parteien auch bei Wahlen so großen Zuspruch, dass manche Wahlkreise mit großer Mehrheit Kandidaten mit dezidiert antisemitischem Programm zu Reichstagsabgeordneten wählten. „Judenfreie Viehmärkte“ wurden organisiert, um dem „jüdischen Wucher“ entgegen zu wirken, ein Modell, das besonders ab 1934 in ganz Deutschland wieder sehr beliebt wurde. Der Antisemitismus als politisches Programm lebte auch im Gießen der Weimarer Republik fort, besonders bürgerliche Schichten und die zahlreichen Studenten bestimmten hier den Ton. Neben organisierten studentischen Freikorps, engagierten sich schon lange vor 1933 in Gießen auch Lehrer, Professoren, Kriegsveteranen und viele andere für die Sache des Nationalsozialismus im Allgemeinen und den Antisemitismus im Besonderen. 1921 errang der völkische, großdeutsche und antisemitische „Hochschulring deutscher Art“ eine überragende Mehrheit bei den AStA-Wahlen an der Universität. Schon 1931 sprach sich der AStA für

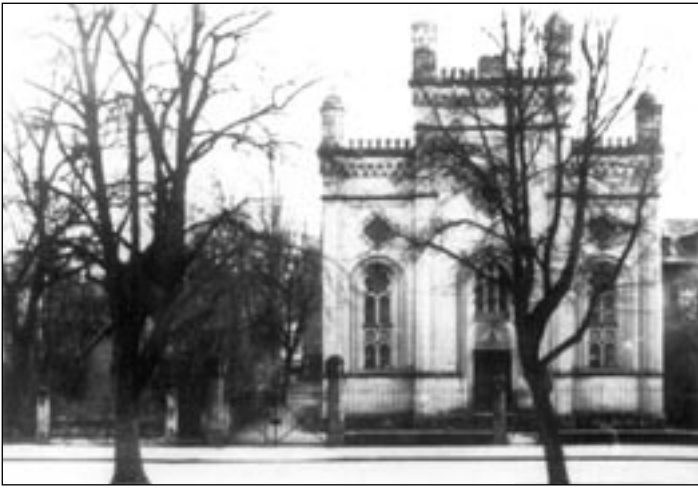
einen Numerus Clausus für jüdische Studierende aus und arbeitete eng mit nationalsozialistischen Professoren zusammen mit dem Ziel einer braunen Vorzeige-Universität. So wundert es nicht, wenn in den letzten halbwegs freien Wahlen am 5. März 1933 die NSDAP in Gießen das Traumergebnis von 51,9% errang, das gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 43,9% so manches Nazi-Herz höher schlagen ließ.

Das Novemberpogrom von 1938 war in Gießen wie in allen anderen deutschen Städten eine geplante Aktion. Bei den Verwüstungen, Bränden und Angriffen übernahmen durchgängig zivil gekleidete SA-Leute führende Rollen, Nazis die später noch an der Uni, bei der Stadt oder dem Land anerkannte Karrieren durchlaufen haben. Am 10. November führte man Schulkinder zu den brennenden Synagogen, um ihnen zu zeigen, welcher „berechtigter Zorn“ (siehe Kasten) sich nun gegen „die Juden“ entlud. Die Hetztiraden der Lehrer, die Gängelungen jüdischer MitschülerInnen und die alltäglich erlebte Diskriminierung jüdischer Menschen fanden ihren Ausdruck in dieser von niemanden aufgehaltenen Aktion. Aus Berichten geht klar hervor, dass die Feuerwehr, die bei den beiden Synagogenbränden in der heutigen Südanlage sowie der Steinstraße anwesend war, einzigen Auftrag hatte, das Feuer vom Übergreifen auf die anderen Häuser zu hindern. Familien, Gemeindemitglieder, Hausmeister wurden von Polizei oder SA-Schergen aus den Wohnungen geprügelt, teils wertvolle religiöse Gegenstände wurden geplündert oder vor den Augen der Gemeinde verbrannt.

An diesem Tag sowie an den folgenden wurden jüdische Geschäfte von uniformierten sowie zivil gekleideten Nazis demoliert und geplündert. In manchen Fällen kam es wohl auch zu Empörun-

## Der 9. November 1938

Am 7. November 1938 erschoss der junge deutsche Jude Herschel Grynszpan in Paris den Botschaftssekretär Ernst vom Rath. Goebbels nutzte den Vorfall um gegen die angebliche „jüdische Weltverschwörung“ zu hetzen und befahl die Pogrome, die im unmittelbaren Anschluss von der Nacht vom 9. zum 10. November in ganz Deutschland stattfanden. Marodierende Nazis zerstörten fast sämtliche Synagogen in ganz Deutschland und verwüsteten über 7500 jüdische Geschäfte. In den Folgetagen wurden mehr als 30.000 Juden und Jüdinnen verhaftet und in Konzentrationslager interniert. Die Schäden des „Volkszorns“ mussten die Betroffenen selber bezahlen, sowie eine Sondersteuer in Höhe von einer Mrd. Reichsmark. Die Novemberpogrome ermöglichten der antisemitischen Grundhaltung von Staat und Öffentlichkeit in Deutschland die Verwandlung in eine offene, gewalttätige Verfolgung europäischer Juden und Jüdinnen während des Faschismus und legten so den Grundstein für das folgende deutsche Grauen, das Europa überzog.



Synagoge in der Südanlage 2

gen seitens unbeteiligter Zeugen: Meist war der Grund der Empörung aber weniger die Gewalt gegen Juden und Jüdinnen als viel mehr die Tatsache, dass die Männer so gute Möbelstücke, Stoffe, Lebensmittel oder Kleider einfach auf die Straße schmissen und zerstörten. In allen Gemeinden rund um Gießen spielten sich gleiche oder ähnliche Szenen ab, mit teilweise sogar noch gewalttätigeren Übergriffen. In ganz Deutschland kam es zu Ausschreitungen, Plünderungen und Misshandlungen, deren Folge der Tod von 91 Menschen, die Zerstörung von mehr als 7500 Geschäften sowie beinahe aller Synagogen war. Das Ziel war erreicht: Die sowieso schon schlechte Lebenslage jüdischer Menschen in Deutschland wurde empfindlich verschärft, die öffentliche Gewalt gegen sie von staatlicher Seite legitimiert.

Von den 1932 noch 1266 jüdischen BürgerInnen Gießens lebten unmittelbar vor den Pogromen nur noch ca. 360 in der Stadt, die übrigen hatte die staatsantidemokratische Schikane (Berufsverbote, Zwangsabgaben, Sondersteuern, etc.) entweder gezwungen zu emigrieren oder sie wanderten freiwillig aus. In den Tagen nach den Novemberpogromen wies der Gießener Stadtrat die Polizei an, mit der SA alle männlichen Juden zu verhaften. Der gleichgeschaltete Gießener Anzeiger vom 11. November berichtete darüber im Nazi-Jargon: „Eine Anzahl Juden begab sich schon im Laufe des Vormittags freiwillig in polizeiliche Schutzhaft, andere warteten ab, bis sie zu ihrer eigenen Sicherheit von der Polizei zur Schutzhaft abgeholt wurden. Die Polizei sicherte dadurch die Juden vor der starken und berechtigten Empörung“. In Wahrheit wurden diese Menschen sämtlich in die KZ Buchenwald oder Dachau verschleppt, aus denen sie zum Teil

erst entlassen wurden, als sie sich zur Auswanderung bereit erklärten. In manchen mittelhessischen Städten wie Friedberg wurde der Abtransport in LKW von einer jubelnden Menge beklatscht. Viele kehrten schwer krank und entkräftet zurück, manche verloren in den Konzentrationslagern ihr Leben.

Von den im Jahr 1936 noch 130 jüdischen Geschäften in Gießen blieb bis 1939 kein einziges übrig: Die Vertreibung der Juden und Jüdinnen aus dem Geschäftsleben bescherte manch findigen Gießenern günstige weil enteignete oder zwangsversteigerte Grundstücke und Immobilien. Die wenigen jüdischen Einwohner Gießens, die nach 1939 noch in der Stadt lebten, wurden in der Folgezeit vom Stadtbauamt und anderen städtischen Behörden gezwungen, ihre Wohnungen und Geschäfte aufzugeben und so genannte „Ghettohäuser“ in der Walltorstraße 42 und 48 sowie der Landgrafenstraße 8 zu beziehen. Auf dem Gießener Wochenmarkt arbeiteten schon 1938 Stadt und Händler Hand in Hand, um Juden und Jüdinnen den Einkauf dort zu verbieten. 1941 verboten die Stadtwerke Gießens die Beförderung von Juden und Jüdinnen in den städtischen Nahverkehrsmitteln, willkürlich wurden für Straßenarbeiten in der Stadt und im Kreis jüdische Menschen zum Arbeitsdienst abkommandiert. Immer wieder kam es zu unvorhersehbaren und willkürlichen „Verhaftungen“ und zu Internierungen in Konzentrationslagern.

Am 5. September 1942 gab die Gießener Gestapo (Neue Bäume 23, heutiger Burghof) der Stadtverwaltung den Befehl, in der Goetheschule in der Westanlage eine Massenunterkunft bereit zu stellen. Hierher wurden in der Zeit vom 12.09. bis zum 16.09. alle 330 in Gießen und Umgebung verbliebenen Juden und Jüdinnen (meist hohen Alters) transportiert. Sie wurden gezwungen, Erklärungen unterschreiben, die ihren Besitz in die Hand des Staates übergab. Schon kurz nach ihrer Verhaftung plünderten und verwüsteten Beamte der örtlichen Gestapo die leerstehenden Wohnungen. Am 2. März 1943 erstattete der damalige Gießener Oberbürgermeister stolz den Bericht: „Gießen ist judenfrei.“

Noch im Februar 1945 verschleppte man die letzten in so genannten „privilegierten Mischehen“ lebenden Eheleute. Es ist nicht genau rekonstruierbar, wie viele Gießener Juden und Jüdinnen die Konzentrationslager überlebten.

**Demokratische Linke**  
an der FH und JLU Gießen  
<http://www.demokratische-linke.org/uni>